

Roland Schüler

Mediation, Runder Tisch und Dialog

Kann mit Pegida, AFD und anderen Rechtspopulisten geredet werden?

Die Stimmung ist aufgeheizt und die Sprache wird schärfer. Mit gewaltfreier Kommunikation erreichen wir nicht alle Menschen, die ihre Wut und Angstsznarien herausschreien, doch wen wir mit Dialog und Mediation erreichen können, beschreibt dieser Text. Es ist ein Plädoyer für Prävention und Friedensarbeit mittels Sprache.

Im letzten Jahr wurde die Meinungsschlacht bewusst um die Mitte zugespitzt. Aufbauend auf einen latenten Rechtsextremismus ergänzten Rechtspopulisten die Meinungsbildung und deren Aussagen wurden ständig verstärkt. Das Phänomen Pegida (SVP, FPÖ, AFD) machte Stimmung mit Parolen und Bedrohungsanalysen, um Ängste zu wecken. Sehr deutliche Worte bis hin zum Hass werden auf öffentlichen Veranstaltungen seit über einem Jahr geäußert. Diese sogenannten „Meinungen“ bilden den Nährboden für Gewalt: Gewalt gegen die Flüchtlinge, Gewalt gegen die Helfenden und Unterstützer, Gewalt gegen Menschen, die qua Amt für die Versorgung der Zuflucht suchenden Menschen zuständig sind. Dies wird verstärkt durch Sprachrohre von etablierten Parteien und durch die Medien, besonders im „Unterhaltungsformat“ Talkshow. Dieses Dauerfeuer hat aus „Wir haben nichts gegen Ausländer! ABER ..!“ ein klares „Wir haben was gegen Ausländer! OHNE ABER!!“ gemacht. Und so verändert sich die Gesellschaft!

Anstatt sich damit richtig auseinanderzusetzen, nutzte eine interessengeleitete Politik dies für ihre Zwecke. Die verdeckten politischen Ziele (Asylrechtsverschärfung, Diskussion über „Obergrenzen“, innerparteiliche Auseinandersetzung in der CDU zwischen Reformern um Angela Merkel und den Traditionalisten um den Innenpolitiker Wolfgang Bosbach, die Sonderrolle der CSU und die Eigenwilligkeit von Seehofer – ähnliches findet sich auch in Österreich und der Schweiz) benutzen die jeweiligen Parteien in der Zuwanderungsdiskussion für ihre Zwecke. Eine Eskalationsspirale der Kommunikation setzte ein und dauert immer noch an.

Kann gewaltfreie Kommunikation und Mediation diese Eskalation unterbrechen?

Wenn nicht diese Kommunikation, welche dann? Jede andere Form der Kommunikation grenzt aus, und schafft einen neuen Kern der Unzufriedenheit. Dieser kann jahrelang ruhen, wird aber immer wieder ausbrechen. Die gewaltfreie Kommunikation und die Form der Vermittlung mittels der Mediation sind die Wege, um diese Gesellschaft zu einem friedlichen Gemeinwesen für Alle und mit Allen zu formen.

Wann sollte geredet werden, wann sollte es Mediation geben?

Die aktuelle Erfahrung zeigt, dass es viel früher Dialoge und Mediationen hätte geben müssen. Ich habe schon 2012 in Köln Mediationen zur Frage der Unterbringung von Zufluchtsuchenden durchgeführt. Damals wurde ein guter Grundstein gelegt, um die weiteren Herausforderungen positiv und konstruktiv anzugehen – nicht immer perfekt, aber mit gutem Willen. An vielen Orten folgten weitere Mediationen und Runde Tische, an zu vielen Orten leider nicht.

Wir wissen aus der Extremismusbearbeitung, dass es ein Konzept der Stärkung der Aktiven, die aktive Mitnahme der schweigenden Mehrheit und konkrete individuelle

Arbeit mit den Verführten geben muss zur Eindämmung der Extremisten und Populisten. Dieses gilt es aufzubauen. Parallel dazu müssen die „Meinungsräume“ der Extremisten und Populisten eingeschränkt werden.

Dies ist nicht zu verwechseln mit der Einschränkung der Meinungsfreiheit, wie es von den Populisten in vorausschauender Abwehr angeführt wird. Alle dürfen ihre Meinung sagen, das ist Demokratie. Das bedeutet aber nicht, dass jede Meinung ernst zu nehmen ist, jedem Unfug zuzuhören sei oder jeder verdrehten These ein Forum in den Medien/ sozialen Netzwerken zu geben sei. Zu der Beschränkung der öffentlichen Kommunikation wird ein geschützter Dialograum, wie wir es aus der Mediation kennen, geöffnet. Denn auch mit den extremen und populistischen Menschen muss geredet werden.

Doch kann mit dem harten Kern noch geredet werden? Können Dialogangebote die Situation befrieden? Ja und Nein. Ist der Brunnen erst vergiftet, dann haben es Mediation und Dialog verdammt schwer. Deshalb ist es wichtig, frühzeitig Foren zu schaffen, in denen sich die Menschen treffen, ihre Fragen und Ängste ernst genommen werden und wo eine gemeinsame Lösung erarbeitet wird, bevor es sich „verhärtet“. Aber auch Verhärtungen lassen sich in Gesprächen aufweichen.

Mit wem muss geredet werden?

Die folgende Unterscheidung ist ein grobes Konstrukt, um mit verschiedenen Antworten und Gesprächskonzepten auf die unterschiedlichen Akteure einzugehen. Entscheidend ist die Selbsteinschätzung, wo sich der Mensch einordnet. Nichts ist statisch, denn wir befinden uns mitten im Prozess, der eine lange Vergangenheit und eine offene Zukunft hat: Jeder/Jede kann den Status verändern – aus der MitläuferIn wird eine PopulistIn, aber noch keine Extreme. Aus der Mitte können Ereignisse Menschen in extreme Positionen bringen, ebenso können ExtremistInnen wieder zur Mitte werden.

- (Rechts-) Extreme
- Pegida – steht allgemein für Populismus
- Mitläufer
- die sogenannte Mitte
- die kritisch-fragenden Offenen – heute mit dem Kampfbegriff „Gutmenschen“ etikettiert
- die Überzeugten

Die Extremen

Wer Hass in sich trägt und aussät und anderen Menschen eine Existenz abspricht, ist für einen Dialog, für eine Mediation nicht die richtige AnsprechpartnerIn. Diese Menschen würden sich auch nicht ansprechen lassen. Hier sind Konzepte des Abbaus von Hass und des Aufbaus von Selbstwertgefühl notwendig. Im Bundesverband Mediation ist dazu eine Expertise von MediatorInnen aus der ehemaligen Fachgruppe „Mediation und Konfliktbearbeitung“ vorhanden; auch im Forum Ziviler Friedensdienst und bei der Plattform Zivile Konfliktbearbeitung gibt es AnsprechpartnerInnen. Ist diese Person stabilisiert, dann können/kann Andere(s) wahrgenommen und angenommen werden, dann können wieder Dialoge geführt werden. Wir wissen aus der Mediation um die Wichtigkeit der Empathiefähigkeit. Auch für die Gewalttäter gilt erst einmal das Prinzip der Bestrafung, ergänzt um einen Täter-Opfer-Ausgleich. So kann die Gewaltperson mittels des Gespräches aus der Täterrolle herausgebracht und in die Gesellschaft eingegliedert werden.

Pegida und andere Rechtspopulisten

„Womit man einem Pegisten nun wirklich nicht zu kommen braucht, ist ein „Argument“, so der Autor Georg Seeßlen in der taz vom 08.01.2016. Und trifft damit den Kern. Ein Gespräch, eine Auseinandersetzung auf der Sachebene mit dem Austausch von Positionen ist somit ein wirkungsloser Dialog. Mangels belastbarer Fakten wird gerne völlig unabhängig von Fakten argumentiert. Das macht eine direkte Kommunikation, egal in welcher Form und welchem Medium so schwer. Es kann keine gemeinsame Kommunikationsebene hergestellt werden, wenn diese von einer Seite bewusst verlassen wird. Kann nun mit Pegisten geredet werden? „Worauf es ankommt, ist einzig eine Zivilgesellschaft, die selbst ein klares Wort findet. Dieses Wort lautet: „NEIN““ Dieser Schlussfolgerung von Georg Seeßlen in der taz kann ich mich hier anschließen.

Erst wenn es dieses klare NEIN gibt und wenn es Gespräche mit den weiteren AkteurInnen (Mitläufern, der Mitte, den Offenen) gegeben hat, dann können Pegisten angesprochen werden. In den Gesprächen kann mit Hilfe der gewaltfreien Kommunikation erfahren werden, welche Bedürfnisse und Gefühle hinter deren Aussagen stecken und wie diese dann ins Positive verändert werden können. Wir MediatorInnen wissen: Wo Schatten ist, ist auch Licht, da wo Hass ist, ist auch Liebe.

Mitläufer

„Vergessene“ aus der Wende bilden einen Großteil der Mitläufer bei Pegida, die sich im Laufe der Zeit immer weiter radikalisierten. Diesen Menschen hätte ein offenes Gesprächsangebot zu ihrer Motivation an den Demonstrationen teilzunehmen geholfen. Im Kern sind es Menschen, die schon einmal eine große Veränderung einer Gesellschaft erlebt haben (die Wende) und die zu dem Kreis der Menschen gehören, denen Vieles versprochen wurde („blühende Landschaften“) die aber wenig bekommen haben. Deren alte Sicherheiten und die Existenz sind völlig weggebrochen. Sie wurden von der Gesellschaft allein gelassen und haben es über 20 Jahre erduldet. Durch eine weitere Veränderung (Zuwanderung) brach dieses Defizitgefühl wieder auf. Die Einzigen, die für diese Menschen ein Forum anboten, sind die Populisten wie Pegida. Die „Verlierer von damals“ werden nun die „Starken“ von heute.

Ein frühzeitiges Gesprächsangebot vermeidet, dass Populisten eine Möglichkeit der Ansprache finden. Die viele Ängste und Emotionen hätten bearbeitet werden können. Hier liegt der Fehler in einer Gesellschaft, die Vergessene und Unzufriedene – in Ost und West – sich selbst überlässt, anstatt mit Gesprächen und Handeln aus unzufriedenen BürgerInnen zufriedene BürgerInnen zu machen. Zu Beginn von Pegida wäre eine breite Ansprache noch machbar gewesen, heute sind viele Mitläufer zu Pegisten und AFD-WählerInnen geworden. Sie zurückzugewinnen ist schwer, aber Gespräche sind das einzige Angebot, diese Menschen wieder für die Demokratie zu gewinnen.

Die sogenannte Mitte

Für diese Menschen sollten Mediationsangebote und Gespräche mit gewaltfreier Kommunikation als Standard angeboten werden. Es findet momentan ein Veränderungsprozess statt, der – so scheint es für die breite Mehrheit – nicht mehr einer politischen Steuerung unterliegt. Die herrschende Klasse von PolitikerInnen erweckt auch nicht den Anschein, eine Antwort auf die aktuelle Zuwanderung zu

haben. Dem Satz der Bundeskanzlerin Angela Merkel „Wir schaffen das!“ fehlen die weiteren Sätze des „Und SO schaffen wir es...“ Eine Unsicherheit entsteht. Verstärkt wird diese Unsicherheit durch ein Phänomen, dass die Forschung „Moral Panic“ nennt. In jeder Gesellschaft ist eine latente Furcht vorhanden – hier die Furcht vor dem Fremden. Sie kommen nicht freiwillig zu uns nach Europa. Das „Uns“ fühlt sich bedroht. Dieses Unwohlsein braucht einen Gesprächsraum, um sich auszutauschen und so eine neue Sicherheit aufbauen zu können. Fehlt dies und es kommt dann zu Ereignissen, wie die Silversternacht in Köln, wird diese Furcht bestätigt und zu einem Faktum. Es entsteht Angst, die Dinge nicht mehr unter Kontrolle zu haben. Eine Spirale der panischen Verstärkung entsteht. Blinder Aktionismus hilft aber nicht zum Abbau der Spirale, sondern nur die gewaltfreie Kommunikation, wo die Ängste, Bedürfnisse und Emotionen ausgesprochen werden ohne andere Menschen (oder den Fremden) zu verletzen. Wird die „Moral Panic“ konstruktiv bearbeitet, dann können auf der neuen beruhigten Grundlage der Gesellschaft die richtigen Antworten auf die Herausforderungen und das darauf aufbauende Handeln erarbeitet werden.

Die kritisch-fragenden Offenen

Für diese Gruppe sind offene Diskussionsforen mit gewaltfreier Kommunikationskultur anzubieten: „Welches Einwanderungsland wollen wir sein?“ Länder mit Zuwanderung verändern sich. Diese Veränderung gilt es mit Dialog, Diskussion und Gesprächen zu begleiten, zu steuern und alle Themen – auch die problematischen und belastenden – offen anzusprechen und zu einer gemeinsamen Lösung zu führen. Dieser gemeinsame Gestaltungsprozess eines Einwanderungslands erhöht die Identifikation. Solche Gesprächsforen sind auch dann wichtig, wenn es zwischen dem eigenen Tun – dem Leben der Willkommens-Kultur – und der veröffentlichten Meinung und Stimmung eine Diskrepanz gibt. Sich darüber in Gemeinschaft auszutauschen ist ein Prozess der Selbststärkung und Rückversicherung.

Die Überzeugten

Gespräche, um das eigene Tun und Denken zu reflektieren, sind immer sinnvoll. Um die Gesellschaft (Deutschland, Schweiz, Österreich, Europa) zu stabilisieren und für die großen Veränderungen eines Einwanderungslandes zu stärken, sind Gespräche und Mediationen notwendig. Nicht nur jetzt in der Krise, sondern lange begleitend in der Zukunft. Den Zuspitzungen und der politischen Diskussion setzen wir unsere Konzepte der gewaltfreien Kommunikation und der Mediation als Form der zivilen Konfliktbearbeitung entgegen und fordern von den Verantwortlichen in Politik, Zivilgesellschaft und Medien diese Konzepte anzuwenden.

Roland Schüler

Mediator und Ausbilder BM, seit 2009 ehrenamtlicher stellvertretender Bezirksbürgermeister in Köln-Lindenthal

((Kasten mit Foto))

Willkommen und Konfliktbewältigung – Mediation ein praktisches Hilfsangebot in Thüringen. Zu dieser Veranstaltung hatte der Thüringer Arbeitskreis Mediation e.V. in Kooperation mit der Thüringer Staatskanzlei und der Mediationsstelle der Fachhochschule Erfurt am 18. Februar 2016 auf den Campus eingeladen.

Der Ministerpräsident von Thüringen Bodo Ramelow sprach in seinem Beitrag von der Wichtigkeit der Mediation angesichts der gesellschaftlichen Veränderung und in der Flüchtlingsarbeit.

Der Thüringer Arbeitskreis hat Angebote zur Arbeit mit Mediation vorgestellt und auf seiner Internetseite dargestellt. www.thueringer-arbeitskreis-mediation.de.

Wie kann Mediation bei der Integrationsarbeit von Flüchtlingen helfen? Was tun, wenn es Konflikte zwischen einer neu eingezogenen Flüchtlingsfamilie und den sieben übrigen Mietparteien im Haus gibt? Wie gelingt die Kommunikation mit Bürgern, wenn statt der versprochenen grünen Wiese plötzlich ein Flüchtlingsheim in einem Stadtteil errichtet werden soll?

Nach der Begrüßung durch den Rektor der Fachhochschule, Prof. Dr. Volker Zerbe, und einem Grußwort vom Ministerpräsidenten des Freistaates Thüringen, Bodo Ramelow – selbst mediationserfahren durch seine Rolle als Schlichter im GDL-Bahnstreik – ging es für die Teilnehmenden mit Hilfe von Praxisbeispielen, Diskussionen und Workshops tiefer in die Materie. Einig war man sich, dass auf Hilfsorganisationen, Institutionen und ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern ein hoher Druck lastet. Mediation könne aber helfen, Informationen besser zu vermitteln, Ängste abzubauen und die Einbeziehung von BürgerInnen und Flüchtlingen sicherzustellen.

Nicht immer kann Mediation zur Konfliktbewältigung beitragen, die oben genannten Szenarien stehen jedoch für erfolgreiche Beispiele in der Praxis. So entspannte sich im Mietkonflikt nach einer Mediation mit Hilfe eines Dolmetschers das Verhältnis unter den MieterInnen deutlich. Beschwerden hätte es, so die Vermieterin, seit der Mediation nicht mehr gegeben.

Im Fall des geplanten Flüchtlingsheims auf der grünen Wiese konnte der Stellvertretende Kölner Bezirksbürgermeister, Mediator und Geschäftsführer des Friedensbildungswerks Köln, Roland Schüler, aus erster Hand berichten, dass vor allem Gespräche mit geladenen Anwohnern im geschützten Raum zum nötigen Verständnis zwischen Behörden, Flüchtlingen und BürgerInnen beitragen.